

*Die Zukunft des Staates und der Politik.* Möglichkeiten und Grenzen politischer Steuerung in der Weltgesellschaft. Hg. v. Dirk MESSNER. Bonn: Dietz 1998. 352 S. (Eine Welt. 5.) Kart. 24,80.

Die Verdichtung und Beschleunigung grenzüberschreitender wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Aktivitäten, die den Prozeß der Globalisierung kennzeichnen, stellen die Staaten und deren Politik vor neue Herausforderungen. Einerseits nimmt der Bedarf an politischer Steuerung auf internationaler Ebene zu, da globale Fragen wie etwa Umweltprobleme, welche die Reichweite nationaler Politik übersteigen, an Bedeutung gewinnen. Zudem wächst die Sorge vor einer sozialen Desintegration der „Weltgesellschaft“, da die Globalisierung weniger leistungsfähige Menschen, Bevölkerungsgruppen und ganze Regionen von den Wohlfahrtsgewinnen auszuschließen droht.

Andererseits verändern sich durch die Globalisierung aber auch die Rahmenbedingungen für die Politik. Der politische Handlungsspielraum der Nationalstaaten bei der Lösung globaler wie global verursachter Probleme schwindet, und somit wird das Konzept der nationalstaatlichen Souveränität, auf dem die Weltpolitik bisher beruhte, in Frage gestellt. Verbindliche Steuerungsmechanismen auf internationaler Ebene, die dieses Defizit ausgleichen könnten, sind bisher nur in unzureichendem Maß entwickelt. Außerdem sind die bestehenden supranationalen Institutionen häufig nicht oder nur schwach demokratisch legitimiert. Prinzipien der Demokratie waren bisher weitgehend an Nationalstaaten gebunden und lassen sich nicht ohne weiteres auf die globale Ebene übertragen.

Mit den Möglichkeiten politischen Handelns angesichts dieser veränderten Anforderungen und Bedingungen beschäftigt sich der vorliegende Sammelband. Ein internationales Team aus 13 Autoren sucht aus unterschiedlichen Perspektiven nach Antworten auf die Frage, wie in der interdependenten Welt politische Steuerungsfähigkeit erhalten bzw. zurückgewonnen werden kann.

In einem ersten Abschnitt des Buchs stehen generelle Überlegungen zu „Politik und Demokratie in einer entgrenzten Welt“ im Vordergrund. Der Herausgeber Dirk Messner geht von

der Frage nach der Zukunft des Nationalstaats aus. Er hält weder einen Abschied vom Nationalstaat noch einen verstärkten staatlichen Multilateralismus für wahrscheinlich und erstrebenswert. Eine angemessene Antwort auf die Globalisierung erfordert seiner Meinung nach eine Transformation der Politik in eine „Global-Governance-Architektur“. Die Nationalstaaten bleiben zwar die tragenden Säulen eines solchen Ordnungsmodells, das Verständnis traditioneller nationalstaatlicher Souveränität verändert sich jedoch grundlegend. In vielen Feldern ist der Staat auf die Koordination mit zivilgesellschaftlichen Gruppen angewiesen, da er nicht mehr in alleiniger Regie Problemlösungen zu erarbeiten vermag. Durch die Ausdifferenzierung politischer Handlungsebenen gewinnen nicht nur die internationale Ebene, sondern auch regionale Integrationsprojekte an Bedeutung. Politik in solchen supranationalen Institutionen zeichnet sich zumindest bisher durch Bürgerferne und nicht selten durch Defizite aus. L. Brock zeigt in seinem Beitrag, daß dies nicht zwangsläufig der Fall sein muß, sondern durchaus Chancen bestehen, diese Defizite abzubauen und somit zu einer Demokratisierung staatenübergreifender Politik zu gelangen.

Der zweite Teil zeigt anhand fünf ausgewählter Beispiele aus allen Weltregionen die Vielfalt von ökonomischen und politischen Systemen in der Weltgesellschaft auf und setzt sich mit der Frage auseinander, welche Herausforderungen die globale Interdependenz an diese Modelle stellt. Der Vergleich macht deutlich, daß die Problemlösungen auf den jeweiligen Traditionen und Wertesystemen aufbauen sollten, gleichzeitig aber auch eine Bereitschaft zu wechselseitigen Lernprozessen und gemeinsamer Kooperation verlangen. Exemplarisch kann dies an den gravierenden Unterschieden kontinentaleuropäischer Wohlfahrtsstaaten (M. Albert) und dem US-amerikanischen Modell der Marktwirtschaft (W. J. Wilson) erläutert werden. Den europäischen Staaten ist es gelungen, ein hohes Maß an ökonomischer Wettbewerbsfähigkeit zu erreichen, ohne die großen sozialen Unterschiede zuzulassen, die in den USA akzeptiert werden. Gleichzeitig sind die Arbeitslosenquoten in Europa im Durchschnitt zur Zeit doppelt so hoch wie in den USA, so daß die Ein-



bettung von Niedriglohnbeschäftigung in eine soziale Grundsicherung ein erstrebenswertes gemeinsames Lernprojekt für beide Modelle darstellen könnte.

Eine besondere Aufmerksamkeit verdient der Beitrag von R. Tetzlaff über den afrikanischen Kontinent, der in der Globalisierungsdiskussion häufig vernachlässigt wird. Bei aller Unterschiedlichkeit der verschiedenen politischen Systeme stellt die Förderung demokratischen Wettbewerbs in allen afrikanischen Staaten eine vorrangige Herausforderung dar. Dies verlangt nach Einschätzung von Tetzlaff vor allem Fortschritte in der sozio-ökonomischen Entwicklung und eine Stärkung gesellschaftlicher Initiativen und Selbsthilfegruppen.

Im dritten Kapitel unter der Überschrift „Das Ende politischer Steuerung oder: Politik neu erfinden?“ ist ein klarer inhaltlicher Zusammenhang der Beiträge im Gegensatz zu den beiden ersten Teilen nicht mehr erkennbar. M. Desai und K. Esser thematisieren in ihren Artikeln zu „Global Governance“ und den veränderten Rahmenbedingungen, die sich durch den Übergang von der Industrie- zur Informationsökonomie ergeben, allgemeine Überlegungen, die man aufgrund der Gliederung des Buches eher im ersten Kapitel erwartet hätte. W. Streeck untersucht die Herausforderungen, die sich für einen wichtigen nichtstaatlichen Akteur, die Gewerkschaften, durch die europäische Integration ergeben. In den Beiträgen von F. Meyer-Krahmer und U. E. Simonis werden schließlich mit der Forschungs- und Technologiepolitik sowie der Umweltpolitik zwei Handlungsfelder einer globalen politischen Steuerung behandelt.

Bei Überlegungen zur Zukunft des Staats und der Politik wäre es interessant, nach möglichen Antworten auf partikularistische Gegenbewegungen zur Globalisierung zu fragen, die in der jüngeren Vergangenheit zu einer bedrohlichen Zunahme von Gewalt und in einigen Fällen auch zum Auseinanderbrechen von Nationalstaaten geführt haben. Dieser Frage wird in dem vorliegenden Band bis auf den Artikel zu Afrika leider wenig Beachtung geschenkt. Trotz dieses Defizits und der etwas unklaren Zuordnung der Beiträge im dritten Kapitel bietet das Buch einen guten und lesenswerten Überblick über die Probleme

und die Möglichkeiten politischer Gestaltung in einer interdependenten Welt. *Johannes Wallacher*

ZÜRN, Michael: *Regieren jenseits des Nationalstaats*. Frankfurt: Suhrkamp 1998. 395 S. Kart. 38,-.

Die vorliegende Studie läßt sich als nüchternen Versuch verstehen, die bekannte These von der Entmachtung der Politik durch die Globalisierung auf ihren Wahrheitsgehalt zu überprüfen. Die Nüchternheit beginnt mit der Terminologie: Statt des oft ideologisch aufgeladenen Begriffs der Globalisierung verwendet Zürn konsequent den sachlich angemesseneren der gesellschaftlichen Denationalisierung: Die damit gemeinte „Verschiebung der Grenzen von verdichteten sozialen Handlungszusammenhängen über die Grenzen von nationalen Gesellschaften hinaus“ (73) bezieht nämlich keineswegs für alle Sachbereiche die ganze Welt ein, sondern macht für wichtige Sachbereiche an den Grenzen der OECD halt.

Zürn beginnt den Teil A seiner Studie mit einer kurzen Darstellung des geschichtlichen Wegs hin zu den demokratischen Wohlfahrtsstaaten der 70er Jahre des 20. Jahrhunderts. Dann bemüht er sich um den Nachweis, daß es vor allem in den 80er Jahren zu einem Schub an Denationalisierung kam, der es gerechtfertigt erscheinen läßt, auch von einer neuen Qualität der Denationalisierung zu sprechen. Es folgt eine Einschätzung der Erfolge nationalen Regierens angesichts der Denationalisierung für die Ziele Sicherheit und soziale Wohlfahrt: Während die staatsinduzierte Bedrohung der Sicherheit durch Kriege und Grundrechtsverletzungen für die OECD-Welt eher zurückgegangen ist, hat die gesellschaftsinduzierte Bedrohung durch zum Beispiel organisierte Kriminalität und globale Umweltschäden zugenommen. Ähnlich fällt Zürns ausgewogener Befund für das Ziel soziale Wohlfahrt aus: Während er Fortschritte in der wirtschaftlichen Effizienz ausmacht, hat die staatliche Fähigkeit zur makroökonomischen Steuerung abgenommen. Dagegen kann er die These von der Ablösung des Wohlfahrtsstaats durch einen Wettbewerbsstaat nicht bestätigen, auch wenn es zu sozial bedenklichen Verschiebungen in den Sozialausgaben gekommen ist.